

Pressemeldung der Freien Wähler des Main-Kinzig-Kreises

03.12.2008

"Sonntagsreden reichen nicht" - Freie Wähler wollen die Partnerschaften des Main-Kinzig-Kreises besser fördern

Angesichts der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages zwischen dem polnischen Landkreis Lublin und dem Main-Kinzig-Kreis weisen die Freien Wähler im Kreistag auf die Reduzierung der für Partnerschaftspflege zur Verfügung stehenden Mittel im Haushaltsplan 2009 hin. „Das Verhalten der Kreisspitze gibt schon ein kurioses Bild ab,“ kommentiert ihr Fraktionsvorsitzender Jürgen Heim, „in der Öffentlichkeit betont der Landrat die Notwendigkeit der Stärkung der Beziehungen zwischen den Völkern auch auf kommunaler Ebene, im Haushaltsentwurf dagegen werden die dafür benötigten Haushaltsmittel immer mehr zusammengestrichen.“

Tatsächlich offenbart ein Blick in die Haushalte der letzten Jahre eine stetig zurückgehende Finanzausstattung des Bereiches „Partnerschaftspflege“. Standen im Jahr 2005 für die damals sieben Partnerschaften des Main-Kinzig-Kreises noch rund 150.000 Euro zur Verfügung, so waren es 2007 nur noch 120.000 Euro. Für 2009 erniedrigt sich der Betrag um weitere 10.000 Euro, obwohl die Zahl der Partnerschaften nach der Unterzeichnung des Vertrages mit dem Landkreis Lublin um eine angestiegen ist. „Wenn man weiß,“ so die Freien Wähler, „dass von den im Haushalt angesetzten 110.000 Euro allein 40.000 Euro für Personalkosten und 50.000 Euro für Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben werden, kann man ermessen, was noch für die Unterstützung von Begegnungen der Menschen aus den befreundeten Kommunen übrig bleibt.“

Die Freien Wähler wollen deshalb bei den Haushaltsberatungen im Dezember den Antrag stellen, das Budget für die Partnerschaftspflege um 10.000 Euro zu erhöhen, Das zusätzliche Geld soll ausschließlich zur Unterstützung von Partnerschaftsbegegnungen von Jugendlichen und Vereinen ausgegeben werden. Jürgen Heim erhofft sich bei diesem Antrag eine interfraktionelle Mehrheit des Kreistages. „Partnerschaften dürfen sich nicht auf den wechselseitigen Besuch von Honoratioren begrenzen. Wenn wir die freundschaftlichen Beziehungen von Vereinen und die Begegnungen von Jugendlichen aus den verschiedenen Völkern wollen, dann dürfen die Mittel für Partnerschaftspflege nicht immer weiter eingeschränkt werden. Absurd wird eine solche Planung spätestens dann, wenn die Zahl der Partnerschaften gleichzeitig erhöht wird.“